

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Max Glöss Nachf.
Verlagsnummer 25241
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Schriftleitung und Hauptverlag:
Morgenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inerentente Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Morgestraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

ROBERT BARTHEL
Möbelfabrik :: Gr. Plauensche Straße 25
Begründet 1881 Kein Laden Telefon 21710
Großes Lager im Hinterhaus — Sonderanfertigung

Konditorei Limberg
Bestellgeschäft Prager Straße 10 Fernruf: 21078
Vorzügl. Gebäck • Bestgepflegte Getränke • Christstollen • Honigkuchen

Ungarns Widerstand gegen die Kleine Entente.

Eine Erklärung Korthys.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 31. Okt. Das „Extrablatt“ meldet aus Budapest, daß der legitime Klub des ungarischen Reichstages bei der Regierung gegen die Einmischung der kleinen Entente in die Rüstungsfrage protestiert habe. Reichsminister Korthy gab die Erklärung ab, er werde keine Einmischung der kleinen Entente dulden und die Souveränität Ungarns mit allen Mitteln verteidigen. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Der Belagerungsstand ist auf Szegedin und Stuhlweissenburg ausgedehnt.
Wien, 30. Okt. Am Sonntagabend erschienen die Vertreter der Großmächte beim Ministerpräsidenten mit einer Mitteilung über die Verhandlungen in der Vorkonferenz betreffend die letzten Schritte der kleinen Entente in Paris, London und Rom. Die Standpunkte der Großmächte und der kleinen Entente haben sich beträchtlich genähert. Die diplomatischen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Internierung Erzherz Karls.

Budapest, 31. Okt. Wie die Blätter melden, werden König Karl und Königin Zita in der Nacht zum Mittwoch von Ujhely nach Duna-Büdvar gebracht werden, wo sie von dem inzwischen eingetroffenen Kanonenboot „Bloworm“ aufgenommen werden sollen. Für die Überführung werden die gegenwärtig in Ujhely weilenden Militäroffiziere Englands, Frankreichs und Italiens Sorge tragen. (W. T. N.)

Fortdauer der Besetzung Oberschlesiens.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 31. Okt. Die „Times“ meldet aus Paris: Der Vorkonferenz hat die Besetzungsdauer der alliierten Truppen im oberschlesischen Abkommensgebiet vorläufig bis 31. Januar verlängert, und zwar auf Ersuchen der polnischen Regierung. In Paris und Warschau rechnet man mit einer längeren Dauer der deutsch-polnischen Kommissionsverhandlungen, während welcher Zeit die alliierten Truppen das Land nicht verlassen sollen.

Die „Morning Post“ meldet aus Warschau, daß der polnische Kabinettsrat an seiner Forderung nach Gleichberechtigung der polnischen neben der deutschen Markt im aufstrebenden oberschlesischen Wirtschaftsgebiet unbedingt festhalte.

Dr. Stresemann gegen Dr. Wirth.

Karlsruhe, 31. Okt. In einer Wahlversammlung der liberalen Volkspartei antwortete Stresemann auf die Ausführungen des Reichsanwalt Dr. Wirth in Karlsruhe: Wie man, wenn Katowitz und Königshütte an Polen solle, von einem Erfolge sprechen könne, scheint staatsmännisch in der Wirkung das Unbedeutende zu sein, was ein deutscher Staatsmann sagen könne. (Starker Beifall.) Dr. Wirth habe geglaubt, bei Verbrüderung der ober-schlesischen Frage die neue Polenpolitik angreifen zu müssen. Tagtäglich sei zu hören, daß das Entschuldigungsgebot niemals angewendet worden sei, und daß das, was Freuchen im Dänen geschrien habe, zum Teil in kultureller Hinsicht über der polnischen Wirtschaft liege. In dieser Stunde hätte man eine andere Anerkennung für Preussens Arbeit im Dänen aus dem Munde des ersten Beamten erwarten dürfen. (Stürmischer Beifall.) Die Entsendung des Kommissars zu den wirtschaftlichen Verhandlungen sei gleichbedeutend mit der Annahme der Entscheidung über Oberschlesien. Es fehle ihm, dem Redner, jedes Verständnis dafür, weshalb der Reichstag die Protesterklärung ablehnen habe. Er könne nicht sagen: Ich wage an, sondern er könne nur sagen: Ich verweise auf dem politischen Sinn eines Volkes, daß sich in solcher Stunde nicht zu einer Kundgebung aufschwingen konnte. Auch Rathenau's Optimismus sei nicht gerechtfertigt. Die Aufführung der ersten Milliardenfrage habe auf unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse vernünftigerweise gewirkt. Wir müßten erreichen, daß die Reparationssumme auf ein verständiges Maß herabgesetzt werde. Auch heute noch vertrete er den Gedanken der Koalition, sobald er erreichbar sei.

Dr. Wirths Rückkehr nach Berlin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Okt. Reichsanwalt Dr. Wirth hat sich heute in privater Angelegenheit von Karlsruhe nach Freiburg i. Br. begeben. Die Rückkehr nach Berlin erfolgt wahrscheinlich am Mittwoch. Für Freitag vormittag hat Dr. Wirth die Parteiführer zu einer interfraktionellen Besprechung in die Reichskanzlei geladen. Es soll dabei die Behandlung der Rentenangelegenheiten im Reichstage erörtert werden.

Der deutsch-amerikanische Friede.

Paris, 30. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin Drefel das amerikanische Ratifikationsdokument zum Friedensvertrag nächste Woche in Berlin übergeben und die Ratifikation des Reichstages in Empfang nehmen. Im Anschluß daran wird in den Vereinigten Staaten die Proklamation des Friedenszustandes erfolgen und die Ernennung von amerikanischen Konsuln in Deutschland bekanntgegeben werden. Die Konsuln würden wahrscheinlich ihre Tätigkeit noch vor Ernennung des amerikanischen Botschafters für Berlin aufnehmen. (W. T. N.)

Ein französischer Vorschlag zur Verhütung des deutschen Bankrotts.

England soll Deutschland seine Kolonien bezahlen.
Paris, 29. Okt. Jean Finot, der Vetter der „Nouveaux Mondiales“, macht einen Vorschlag, wie der im April 1922 zu erwartende deutsche Bankrott vermieden werden kann. Er hält es für unerlässlich, daß Frankreich sich mit diesem Problem auf das ernsthafteste beschäftigt. Denn eine Zahlungseinstellung Deutschlands würde besonders für Frankreich katastrophale Folgen haben. Das Wichtigste wäre gewesen, zugleich nach dem Waffensstillstand mit einer fruchtbar gemeinsamen Tätigkeit Frankreichs und Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete einen Anfang zu machen. Die einfachsten Vermittlungsarbeiten hätten den Leitern der Regierungen die Pflicht nahelegen sollen, den deutschen Republikanern wohlwollend entgegenzutreten und eine republikanische Regierung zu stiften, sogar durch einige Zugeständnisse. Wenn jetzt Deutschland endgültig abgeholt werden soll, dann müsse England, dem der Sieg mehr eintrage hat als Frankreich, das mehr dazu tun. Es liege in seinem eigenen Interesse, mit dieser Rettungsaktion nicht länger zu zögern. Die Hilfe, die Finot von England verlangt, besteht in der Rückgabe der deutschen Kolonien. Finot schreibt: „Wenn England zu handeln, gäbe es der Welt ein großes Beispiel voranschauender Politik und edler Selbstlosigkeit. Die Deutschen besitzen dann die Möglichkeit, sich friedlich zu entwickeln, ihre überschüssige Menschenkraft über das Meer zu entsenden und ihre Wünsche nach Expansion auf diese Art zu befriedigen. Die Rückgabe der Kolonien wäre eine Tat der Vergeltung, wenn nicht der höheren Gerechtigkeit.“ Sie wäre auch eine Handlung von großer politischer Wichtigkeit für die Zukunft.“ Da aber Herr Finot voraussetzt, daß sich in England eine Mehrheit für diesen Gedanken nicht finden wird, macht er einen zweiten Vorschlag: England soll Deutschland für die Annexion der Kolonien entschädigen.

Eine internationale Kommission könnte Wert und Zahlungsmodus bestimmen. Die großen Summen, die Deutschland auf diese Weise erhielt, würden es ihm ermöglichen, einen Bankrott zu vermeiden und seine Verpflichtungen zu erfüllen. Finot glaubt, daß England diesen Vorschlag ausführen könnte. Durch die von Finot empfohlene Handlung würde es einen starken Einfluß auf die internationalen Beziehungen gewinnen und die von alliierten Mächten erfüllte Lust der Welt wieder reinigen. Die schwersten Irrtümer des Versailler Vertrages würden auf diese Art wieder gutgemacht.
Sehr schön! Aber warum will Frankreich nicht auch etwas tun? Möge es doch mit gutem Beispiel vorangehen und freiwillig auf einen angemessenen Teil der letzten unerschwinglichen Reparationsforderungen verzichten.

Havensteins Rückkehr von London.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 31. Okt. Reichsbankpräsident Havenstein erlaubte Sonntag mittag dem Reichskabinett, in Abwesenheit des Kanzlers Wirth, Bericht über das Ergebnis seiner Londoner Verhandlungen. Wie in Berliner Börsenkreisen zuverlässig gemeldet wird, haben Havensteins Konferenzen in London über eine Milliarde Anteile an Deutschland ein abschließendes Resultat noch nicht gebracht, die Verhandlungen über das Kreditabkommen aber wesentlich gefördert.

Der „Deutsche Handelsdienst“ meldet: Reichsbankpräsident Havenstein ist von seiner letzten Reise aus London zurückgekehrt, wo er über verschiedene Kreditpläne mit den in Frage kommenden englischen Kreisen verhandelt hat. Unverzüglichen Versicherungen zufolge soll er u. a. auch versucht haben, den Termin für die nächsten Reparationszahlungen auf den 31. Mai 1922 zu verlängern. Auf diesen Vorschlag sei aber von englischer Seite erwidert worden, daß er auf der Washingtoner Konferenz besprochen werden müsse, was in Holland als Ablehnung aufgefaßt wurde. Daraus erklärt sich auch die neuerliche Abschwächung der Bewertung der Markt in Holland. Eine Befähigung von amtlich informierten Kreisen war bis jetzt nicht zu erlangen.
Es ist aber auch keine Ablehnung erfolgt.

Die irische Frage im englischen Unterhaus.

London, 31. Okt. Das Unterhaus war anlässlich der heutigen Debatte über Irland sehr stark besucht. Lloyd George wurde bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt. Oberfrontr brachte unter ironischen Jurken und Gelächter eine Entschuldigungsrede ein, in der erklärt wird, daß das Unterhaus mit erster Befragung die Verhandlungen der Regierung mit den Delegierten Südirlands ansehe, die sich endlich der irischen Revolution verweigert hätten. (W. T. N.)

Griechisch-türkische Friedensverhandlungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 31. Okt. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel: Griechische Bevollmächtigte sind hier eingetroffen, um Verhandlungen mit der türkischen Regierung aufzunehmen. Der offizielle Beginn der Friedensbesprechungen wird schon kommende Woche erwartet. Die türkische Armee bei Eskishehr ist durch 180.000 Neuanwerbungen verstärkt worden.

Die Volksernährung im Winter 1921/22.

(Eine Unterredung mit Reichsminister Dr. Hermes.
(Von unserem Premier Mitarbeiter.)

Bremen, 29. Okt. 1921.
Im Anschluß an die Konferenz der deutschen Ernährungsminister in Oldenburg gewählte Reichsminister Dr. Hermes im Ministerpräsidenten von Oldenburg, Finken, zwei Preisverträgern eine Unterredung über die Aussichten der Volksernährung im kommenden Winter.

Die Kartoffelverknappungsfrage ist nach der Erklärung Dr. Hermes nicht als so pessimistisch anzusehen wie man allgemein in der Bevölkerung dazu neigt. Die Reichsregierung ist von dem Ernst der augenblicklichen Lage durchdrungen, sie werde sich aber davon hüten, Maßnahmen zu ergreifen, die nur den allgemeinen Stillstand auf dem Ernährungsgebiete fördern könnten. Sollte sich wider Erwarten die Ernährungsfrage durch weitere Verschlechterung unserer Valuta und durch innerwirtschaftliche Schwierigkeiten unangenehm gestalten so werde eine zweite Konferenz der Ernährungsminister zusammenberufen, um neue Maßnahmen zu treffen. Ministerpräsident Finken schaltete ein, daß der Ackerhandel in den voraussehbaren nächsten Wochen nach dem Ende der Preisverträge wieder freier zu beschaffen sei. Unterstaatssekretär Dr. Huber erklärte, auf Anfrage, daß die angegebene vorläufige Entzifferung von 25 Millionen Tonnen vorläufige Entzifferung ausfallen müsse. Es müsse allerdings von der gesamten Frucht ein Drittel als Saatgut eingerechnet werden, dazu käme noch der Bedarf zur technischen Verarbeitung, wie zu Stärke usw. Das Vorkonferenzrecht sei auf 50 Prozent des bisherigen Konsums beschränkt worden. Hauptursache der plötzlichen Kartoffelknappheit und Teuerung sei die anfangs mangelhafte Lagerung und Lagerung sei die anfangs mangelhafte Lagerung durch die Eisenbahn. Die Eisenbahn konnte in diesem Herbst bisher zwei Millionen Tonnen Kartoffeln weniger befördern, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Eine Besserung sei durch die Ausfuhrbeschränkung einzelner Erzeugnisse, wie sie Hannover eine Zeit durchgeführt habe, nicht zu erreichen. Das Reich habe daher die hierzu erforderliche Unterstützung abgelehnt, da die Einseitigkeit des erforderten Wirtschaftsgüter nicht beeinträchtigt werden sollte. Die hannoversche Maßnahme habe mit der Steigerung der Kartoffelverknappung beizutragen, z. B. die Rheinprovinz und die Industriezentren ihre Aufträge an weniger ertragreiche Kartoffelgärten und so zur Steigerung der Kartoffelknappheit beizutragen. Ähnlich wird das Aufkaufrecht beim Erzeuger für Zwecke des Wiederverkaufs nur mit Erlaubnis der Landesbehörde gestattet sein. Ebenso wird eine verstärkte Überwachung des Verbraucherlandes (Produktionskontrolle) angeordnet sein, einen Abbau der Preise zu unterstützen. Mit drastischer Strenge werden Maßnahmen durchgeführt werden, die eine illegale Kartoffelaußfuhr nach dem Auslande verhindern sollen. Höhererläsen unca. 11.000 bis 12.000 Tonnen Kartoffeln von Deutschland ins Ausland gebracht worden sein.
Dr. Hermes erklärte, daß die

im kommenden Wirtschaftsjahr sich ankünder gestalten werde, als man ursprünglich angenommen habe. Das Material der Vorkonferenz ist das Umlageverfahren der 25 Millionen Tonnen Getreide herauszuholen, die im Herbst genommen sind, 18 Millionen Tonnen sind durch die Einfuhr zu decken. Jederseits ist die Versorgung der Bevölkerung mit der jetzigen Rate von 200 Gramm pro Kopf sicherzustellen. „Für und“ sagte Dr. Hermes, „entschlossen, gegenüber der Landwirtschaft rücksichtslos alle gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unser Ernährungsprogramm sicherzustellen. Die Unterbrechung des ersten Viertels der Umlage war bedauerlich.“

Das schwierigste Kapitel der Volksernährung ist die Milchversorgung. Das Reichsernährungsministerium habe geglaubt, den Anträgen stellen zu müssen. Mittel für die Milchverknappung der Industriezentren zur Verfügung zu stellen. Milch sei im Preise abhängig von der Futter- und bei einem voranschreitenden Butterpreise von 50 Mark pro 100 und werde sich das Preis auf mindestens 6 Mark stellen müssen.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sei eng verknüpft mit der Frage der Düngemittelwirtschaft. Eine ertragreiche Bodenkultur erfordere intensive Düngung. Im letzten Jahre konnte eine beachtenswerte Steigerung in der Stickstoffherstellung erzielt werden.
Die Regierung verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Preisentwicklung auf dem

Warenmarkt.
Das in den letzten Wochen zu beobachtende Anziehen der Warenpreise ist besonders in dem unerhöht hohen Preise der importierten Delfant zu haben.
Als Vertreter des Reiches und der Länder nahmen an der Konferenz der Ernährungsminister teil: Reichsernährungsminister Dr. Hermes, Unterstaatssekretär Dr. Huber, Präsident Metz von der Reichsartillerie, Dr. Dageborn, Staatsminister für Volksernährung, Staatssekretär für Frauen, Staatsminister Wirthhofer für Bayern Staatsminister Fickler für Sachsen, Staatsminister Dr. Schall für Württemberg, Staatsminister Erdelich für Thüringen, Präsident der Landesernährung Weibel für Hessen, Senator Stubbe für Hamburg, Senator Hömmer für Bremen, Senator Löwit für Lübeck, Ministerpräsident Schilling für Schwaben, Staatsminister Antrich für Braunschweig, Ministerpräsident Finken für Oldenburg.